



Kurz-Information

Ergebnisse: De-Institutionalisierung

Im Text sind manche Wörter unterstrichen.

Diese Wörter kennen vielleicht nicht alle Menschen.

Deshalb gibt es für diese Wörter

eine Erklärung im Wörterbuch.

Inhalt

Was ist der Monitoring-Ausschuss?	. 1
Worum geht es in der Kurz-Information?	. 2
Was steht in der UN-Konvention?	. 2
Wichtige Ergebnisse von der Öffentlichen Sitzung	. 3
Empfehlungen vom Monitoring-Ausschuss	. 6

Was ist der Monitoring-Ausschuss?

Der <u>Monitoring-Ausschuss</u> überwacht, ob Österreich die <u>Menschenrechte</u> von Menschen mit Behinderungen einhält.





Worum geht es in der Kurz-Information?

In der Kurz-Information stehen die Ergebnisse von unserer Öffentlichen Sitzung 2024. An der Öffentlichen Sitzung können alle interessierten Menschen teilnehmen.

2024 war der Titel der Sitzung: "Mein Weg, Mein Leben, Mein <u>Menschenrecht!"</u> Das Thema war <u>De-Institutionalisierung</u>.

Viele Menschen mit Behinderungen wohnen und arbeiten in Einrichtungen, die **nur** für Menschen mit Behinderungen sind. Diese Einrichtungen nennt man auch <u>Institutionen</u>.

So können Menschen mit Behinderungen nicht richtig an der Gesellschaft teilnehmen.
Sie wohnen, leben und arbeiten getrennt von anderen Menschen.
Das soll sich ändern.
Der Weg dorthin heißt <u>De-Institutionalisierung</u>.

Was steht in der <u>UN-Konvention</u>?

In der <u>UN-Konvention</u> steht:

Menschen mit Behinderungen müssen
in der Gesellschaft mitmachen können.
Sie dürfen selbst über ihr Leben bestimmen.

Österreich muss dafür sorgen, dass das möglich ist. Denn Österreich hat die <u>UN-Konvention</u> unterschrieben.





Hält sich Österreich daran?

Der Monitoring-Ausschuss stellt fest:

- Österreich hat bis jetzt wenig für <u>De-Institutionalisierung</u> getan.
- Viele Menschen wissen noch nicht genau, was das Wort bedeutet.
- Viele Menschen in der Gesellschaft
 und in der Politik denken:
 Menschen mit Behinderungen sollen am besten
 in Einrichtungen leben.
 Vor allem, wenn sie <u>psychosoziale Behinderungen</u>
 oder Lernschwierigkeiten haben.
 Oder wenn sie sehr viel Unterstützung brauchen.

Wichtige Ergebnisse von der Öffentlichen Sitzung

Bei der Öffentlichen Sitzung haben viele Menschen von ihren Erfahrungen erzählt. Hier kommen die wichtigsten Ergebnisse.

Das Wort De-Institutionalisierung ist nicht klar.

Viele Menschen wissen nicht, was das Wort wirklich heißt. Sie glauben, das ist einfach eine Veränderung in der Einrichtung.

Aber in Wirklichkeit bedeutet <u>De-Institutionalisierung:</u>
Das ganze System verändert sich.
Menschen mit Behinderungen entscheiden selbst,
wo, wie und mit wem sie wohnen.





Selbst-Bestimmung geht nur mit Persönlicher Assistenz.

Persönliche Assistenz ist wichtig.

Aber viele Menschen mit Behinderungen erzählen:

- Wenn sie <u>Persönliche Assistenz</u> haben wollen, ist das sehr viel Aufwand.
- Es gibt Unterschiede, wie <u>Persönliche Assistenz</u> funktioniert. Es kommt darauf an, wo man lebt.
- <u>Persönliche Assistenz</u> bekommt man nur, wenn man im richtigen Alter ist.

Alle Menschen mit Behinderungen müssen die <u>Persönliche Assistenz</u> bekommen, die sie brauchen.

Egal, wie alt sie sind.

Nur so können sie selbstbestimmt leben und überall mitmachen.

Die Gesellschaft muss sich ändern.

Oft entscheiden andere Menschen für Menschen mit Behinderungen. Oder ihre eigenen Entscheidungen werden nicht ernst genommen.

Das erleben viele Menschen mit Behinderungen.
Denn die Gesellschaft glaubt oft,
dass Menschen mit Behinderungen
nicht alleine entscheiden können.
Das muss sich ändern.





Es gibt keinen guten Übergang und zu wenig <u>barrierefreie</u> Wohnungen.

<u>De-Institutionalisierung</u> geht **nicht** sofort und automatisch.

Sie braucht Zeit

und es muss einen guten Übergang geben.

Aber das funktioniert noch nicht:

- Es gibt zu wenig barrierefreie Wohnungen, die leistbar sind.
- Die Anträge sind oft nicht <u>barrierefrei</u>.
 Sie sind zum Beispiel schwer verständlich.
- Es steht in den Gesetzen der Bundesländer, dass es <u>barrierefreie</u> Wohnungen geben muss.
 Aber die Zahl in den Gesetzen sinkt.

Es braucht also einen guten Übergang. Und es braucht mehr günstige, <u>barrierefreie</u> Wohnungen.

Einrichtungen und Fachkräfte müssen mithelfen.

In den Einrichtungen entscheiden Menschen mit Behinderungen oft **nicht** selbst über ihr Leben.

Das hat mehrere Gründe, zum Beispiel:

- Fachkräfte denken, dass es besser so ist.
- Es gibt zu wenig Personal.
- Die Einrichtung ist nicht so aufgebaut, dass die Menschen selbst bestimmen können.

Menschen sollen auch in Einrichtungen selbstbestimmter leben.

Das Personal muss

verpflichtende Schulungen dafür bekommen.





Es gibt zu wenig Zahlen.

Viele Menschen mit Behinderungen wohnen in Einrichtungen. Aber darüber gibt es wenig öffentliche Zahlen.

Es gibt zwar Zahlen vom Sozial-Ministerium: die Behinderungs- und Teilhabe-Statistik. Aber die Zahlen sind nicht genau genug. Das muss sich ändern.

Empfehlungen vom Monitoring-Ausschuss

Plan für <u>De-Institutionalisierung</u>

Die Politik soll einen Plan machen, der für ganz Österreich gilt. Darin soll stehen:

- Was mit <u>De-Institutionalisierung</u> gemeint ist.
- Klare Schritte und Ziele, damit De-Institutionalisierung gelingt.

Einrichtungen abbauen

Österreich soll kein Geld für Einrichtungen ausgeben.

Das gilt für Einrichtungen, die es schon gibt,
und für neue Einrichtungen.

Österreich soll die Einrichtungen abbauen.

Geld anders nutzen

Österreich gibt Geld für Einrichtungen aus. Das Geld soll lieber anders genutzt werden. Zum Beispiel dafür, dass es mehr günstige, <u>barrierefreie</u> Wohnungen gibt. So können Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt wohnen.





Mehr Unterstützung

Es soll mehr Unterstützung in allen Gemeinden geben.

Alle Menschen müssen öffentliche Angebote und öffentliche Stellen nutzen können. Diese sollen barrierefrei sein.

Persönliche Assistenz für alle

In ganz Österreich sollen die gleichen Regeln für <u>Persönliche Assistenz</u> gelten.
Alle Menschen mit Behinderungen sollen genau die <u>Persönliche Assistenz</u> bekommen, die sie brauchen.
Egal, wie alt sie sind.

Österreich und die Bundesländer sollen genug Geld dafür einplanen.

Schulungen für das Personal und Peer-Beratung

Fachkräfte sollen verpflichtende Schulungen zum Selbstbestimmten Leben machen.

Außerdem soll es Geld für die <u>Peer-Beratung</u> geben. Das bedeutet: Menschen mit Behinderungen beraten andere Menschen mit Behinderungen.

Bessere Informationen

Es soll genaue Informationen geben, wie Menschen mit Behinderungen in Österreich wohnen. Die Informationen sollen öffentlich sein.

Links

Hier finden Sie diese Kurz-Information





in Gebärden-Sprache

(https://www.youtube.com/playlist?list=PLORIKCDUz1IHgMF9uGpYMMfq566zepBgl)